

„Wir produzieren wie noch nie: Kriegsideologie!“

Wir sind Filme, Unse're Namen: „Reuter Emden“ (3. Februar, Prager Straße), „Der Shanghai-Express“, „Ein Held seines heimatlichen Volkes“. Wie schon ist doch die Manöverzeit „Zwischenkriegszeit“. „Die Männer der Kompanie“. Für uns ist Kriegszeit. In jeder Stadt werden wir in drei, vier Kinos gleichzeitig gezeigt. Es gab einmal eine Zeit, wo man uns Zeit nicht mehr bedacht hat. Doch die ist Gott sei Dank vorbei. Jetzt steht man uns die uns gebuhrende Beachtung.

Wir haben nämlich eine große historische Aufgabe: Wir müssen erreichen, die Arbeitern von ihrem faulensten Bißgen und ihrer immer sterbenderen Lustmühle ab, halten somit das Zepter und räumen weitestens die Hindernisse hinzu, die dem langgestreckten Krieg der deutschen Kapitalisten entgegenstehen. Mit solcher Kriegsideologie. Die Kanonenrohre soll den Feind getrichtet, die Granaten ihm gebracht, die militärischen Führer ihm gehilft. Ich schaue nur noch die Kriegszeitierung. Und die schaffen wir!

Doch hat auch die deutsche Bourgeoisie erkannt. Deshalb steht Millionenaristokrat. Deshalb auch die Verkündung durch den Mann des privaten Preisbaubaukommissars Goerdeler, der erklärt, man müsse die Kinopräsenzen senken, damit auch minderqualifizierte Schichten in der Lage wären, die Kinos zu besuchen. Das Film ist ein wichtiges Hilfsmittel zur Verhüttung breiter Massen. Das Volk braucht Rost und Spiele, und wenn das nicht in ausreichendem Maße vorhanden sei, müsse man das Lied in größerem Umfang bieten.

Und in den Kritiken der bürgerlichen Zeitungen wird nur die familiäre Leistung unserer Darsteller in den Himmel gehoben — über allen willkürlichen Zweck wird geschwiegen, denn die Arbeitern natürlich gar nicht merken, warum ausgerechnet wir das jetzt führen. „Die Kunst ist das Prinzip“ — und der hat doch nichts mit Politik zu tun! —

Wir aber pflanzen in die Köpfe der Werktagen, ohne daß wir merken, und produzieren weiter wie noch nie: Kriegszeitideologie!

Arbeiterstimme

Baukampf des Wohnungsbaus in Sachsen

Kommunale Wohnbaufähigkeit schrumpft immer mehr zusammen. Der Wohnungsbau ein Geschäft der Privatkapitalisten

Den Grad des Rückganges der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zeigt drastisch die Wohnbaufähigkeit. Hier auf diesem Gebiete wurden unmittelbar nach dem Kriege die größten Versprechungen gemacht. Aber inzwischen hat die Bourgeoisie durch ihre Erfolgsziele in Reich, Staat und Gemeinde Süd für Süden der 1918/19 gemachten Konzessionen abgebaut. Das Mietwohnung sind nur noch wenige Reste vorhanden. Die Wohnbaufähigkeit lebt jetzt nur noch einen Bruchteil davon, was vor Jahren vorhanden war. Die Notverordnungspolitik der letzten Monate hat die Lage ungewöhnlich verschärft. Die Mietzinsssteuer, die angeblich bei der Einrichtung nur für Wohnbaufähigkeit verordnet werden sollte, wird ja allem anderen als zu diesem Zweck benutzt.

Die Verschlechterung zeigt am besten ein Bericht für den Monat März für den Bereich Sachsen. Danach ertritt sich die Wohnbaufähigkeit überwiegend auf die Weiterführung und Fertigstellung der aus dem Vorjahr übernommenen Bauten. Insgesamt wurden in den Groß- und Mittelstädten 3100 Wohnungen neu erstellt. Das sind 3400 weniger als im März des Vorjahrs. Betrag im März der Abgang 55 Prozent, so wie — wenn man das Bild für das 1. Quartaljahr 1932 gegenüber dem 1. Quartaljahr 1931 sieht — die Verschlechterung noch offensichtlicher. Danach wurden in den ersten drei Monaten 57 Prozent weniger Wohnungen erstellt, als 1931.

Bei den Neubauungen handelt es sich überwiegend um Kleinwohnungen mit ein bis drei Wohträumen. Der Anteil der Kleinwohnungen belief sich im 1. Quartaljahr auf 55 Prozent, bei Mittelwohnungen mit vier bis sechs Räumen auf 42 Prozent und bei Großwohnungen auf 3 Prozent. Ausdrücklich wird in dem Bericht hervorgehoben, daß die Baufähigkeit der öffentlichen Körperchaften, der Behörden sowie der gemeinnützigen Bauvereinigungen zurückgegangen sei, während die privaten Bauherren in immer stärkerem Umfang Wohnungen errichten. So betrug der Anteil der Wohnungen, die durch private Bauherren errichtet worden sind, 18 Prozent gegenüber 36 Prozent im Vorjahr. In sämtlichen Städten mit über 10 000 Einwohnern wurden im 1. Quartaljahr 13 700 Wohnungen fertiggestellt gegen 28 700 im Vorjahr.

Die Tatsache, daß in dem amtlichen Bericht die Verschlechterung des Anteils zugunsten der privaten Bauherren festgestellt werden muß, zeigt, daß die Notverordnungen den Zweck versäumt, die Baufähigkeit der kommunalen Behörden und gemeinnützigen Bauvereinigungen abzuschwächen. Die Baufähigkeit lebt wieder zu einem entscheidenden Teil das Prinzipial zu machen. Das bedeutet den vollständigen Bankrott der Politik der SPD auf diesem Gebiete.

Aber im Sozialismus gibt es eine richtig aufsteigende Entwicklung. Rundschau hat durch die Kommunen Milliarden für den Wohnungsbau investiert. Wer auch in Deutschland Befreiung will, der muß sich einreihen in die revolutionäre Front zum Kampf um den Sozialismus.

Rat gibt zu:

Auch Randfiedlungspläne bankrott

Dresdens Rat beglückt die staunende Welt mit einer Zulicht, in der er seine ablehnende Stellung zur „Stadtbrandstiftung“ begründet. Diese Zulicht — die eine Verteidigung gegenüber Angriffen sein soll, geleht ungernoll den Bankrott der Siedlungspläne ein. So heißt es in der Zulicht:

„Als im vorigen Herbst die Reichsregierung ein neues Siedlungsprogramm in Form von Stadtbrandstiftungen ankündigte, wurde dieser Plan weitgehendes Interesse, da man sich hieran eine gewisse Belebung des Arbeitsmarktes und eine sozial gedachte Hilfe für die Erwerbslosen versprach. Die von Vertretern der Reichsregierung in Aussicht gehaltene sofortige Errichtung von 100 000 Siedlerstellen hat sich nicht verwirklichen lassen.“

Mit den bisher bereitgestellten 45 Millionen Reichsmark werden jetzt nach einem halben Jahr 20 000 Stellen in Ansatz genommen.“

Allo ein Rüstung der Stellen werden jetzt erst gehalten, die ehemals von der amtlichen und der SPD-Presse mit so großem Tumult als Mittel zur Überwindung der Erwerbslosigkeit angepriesen worden waren. Was der Rat sonst noch an Argumenten bringt, ist nur insofern von Bedeutung, als daraus hervorgeht, daß die Belastungen durch Anlegung von Straßen, Anfuhrung von Gas, Wasser und Strom u.ä. für die einzelnen Siedler ungebremst hoch sein werden. Blicke nur die Wahl, darauf zu verzichten, eine Frage, die auch bereits in Erwogung gebracht ist. Damit ist aber keinem Erwerbslosen geboten. Das heilige Verbot auf alle sozialen Einrichtungen!“

So plant eine Illusion der SPD nach der anderen. Auch dieser Fall beweist: Die Völker des Wohnungsbauprogramms ist erst im Sozialismus möglich!

Bürgerlicher Auflandschwund widerlegt

Die bürgerliche Presse brachte Meter Tage eine Bemerkung der Reichsregierung ehemaliger Kriegsgefangener zum Fall Wolf, in der ausgegeben werden muß, daß die Artikel, die in großer Auflösung in der bürgerlichen Presse erschienen sind, nicht der Wahrheit entsprechen. Wolf ist nicht im getöteten von den Sowjetbehörden an seiner Heimstätte behindert worden. Wörtlich heißt es: „Von einer Jurisdiktion dieser Nachzügler durch die russischen Behörden kann keine Rede sein.“

Damit bricht die ganze Hexe in sich zusammen. Wir hatten schon einmal darauf hingewiesen, daß wir es mit einer der üblichen Verleumdungen gegen die Sowjetunion zu tun hatten.

Wertige erkennt daraus, daß sie auch um so lieber um die SPD lächeln möcht, als Antwort auf die bürgerlichen Verleumdungen.

(in Hellberg). Rottenkamp, Kleinischteg, Steinbod, Rainer, Antonie Dietrich, Jenny Schäfer sind als Träger der anderes Rollen gut.

„Schön ist die Manöverzeit“

Im Ufa-Palast läuft Hagenbergs neuerlicher Militärdrama. Der Titel „Schön ist die Manöverzeit“ spricht für sich selbst. Da wird alles, was mit Militär zu tun hat, mit einem romantisches Schmerz überstrichen. Zum Glück ist der Film so ungeduldig und ironisch wie gemacht, daß das Publikum, das sicher durch ein Reife-Militärmärkte, die ein Dresden-Liebhaber spielt, aufgespart und zur Begeisterung hingerissen wurde, zum Schluss ähnlich gelangweilt und ermüdet aus dem Theater ging. Keiner und die Hagenberger nicht immer so ungeduldig!

Staatliches Kunstmuseum, Elisenstraße 34. Aus Anlaß der Tagung des „Sächsischen Verbandes für Volksbildung“ am Sonntag die Ausstellung „Dresden und die Weltkriebe“ eröffnet worden. Einen Hauptbeitrieb bildet eine große literarische Kollektion, die die Entwicklung des bewaffneten Kriegsgefechts vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zur Biedermeierzeit vorführt. Leistungsausgaben: Sonntag 10–13 Uhr, Dienstag und Donnerstag 12–19 Uhr, die übrigen Wochentage 9–14 Uhr. Eintritt frei!

Gegen Kulturreaktion und Faschismus!

„Die Dresdner Volkszeitung“ und ihre Abgeber belästigen in unter der Überschrift „Für die Invaliden“ in einem Artikel mit der Invalidenversicherung. Nachdem die finanziellen Mittel der Landesversicherungsanstalten gesetzigt werden, wird darüber geschrieben:

„Zwischenhalb Millionen Rentenempfänger, von denen ein großer Teil bei weiterer Kurzung seiner fälligen Rente sich in Auslieferbehörden wenden muß und bei deren Verlagen ein gleich preisgegebener ist, haben Anspruch auf Hilfe des Reichs in westem Ausmaß. Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstags hat in Anlehnung der französischen Lage der Invalidenversicherung die Regierung aufgefordert, diesen Weg zu beschreiten. Wir unterstützen diese Aufforderung mit den entsprechenden. Die Invalidenrenten wollen nichts vorgeladen. Sie wissen, daß die Krise an allen Ecken und Enden Einkommen und Opfer erfordert. Sie wissen aber auch,

die Erhaltung der Sozialversicherung noch immer besser ist, als ein Zusammenbruch.“

Über dieses Thema sprach in einer öffentlichen Prozeßkundgebung das Verbot des BPD in Wartes Ballalen Gericht. An hand guten Materials zeigte er die Entwicklung in Deutschland bis zu dem Verbot und die Absichten der bürgerlichen Realität. Er zeigte weiter die Kriegspropaganda der Imperialisten gegen die Sowjetunion auf. Seine Aussagen wurden lauter Beifall. Der Erfolg der Verhandlung: die Renten und über Männer erklärten sich unterschriftlich bestätigt aus der Kirche auszutreten. Der Kampfeswillen der kommunistischen Partei leuchtete in einer einflussreichen annehmenden Entschließung, in der aufdringlich gegen das Verbot bestanden wird und die Vermummten gelobten, alle Kräfte einzurufen und Schule der Sowjetunion. Eine Resolution, die gegen die Hinrichtung der acht Regierungen in USA protestiert wird, durfte auf Einpruch des anwesenden Beamten des Konsulariums nicht vorlesen und abgestimmt werden.

Gie protestieren, um als Partei zu tolerieren

Sagen sie neuen, in der Öffentlichkeit bekannt geworbenen

Worte der Reichsregierung, die darauf hinauslaufen, durch eine

soziale Polizeiheuer auch die Teile der Bevölkerung,

die von der Kassenärztin in der Vergangenheit besteuert waren,

die einen Extraherbar belegen zu können, hat jetzt der Deutsche

Festnahmewand, wie auch der Deutsche Allgemeine Beamtenbund

und ein Telegramm Einspruch bei der Reichsregierung er-

teilt. Bestatt wird in bestem, daß diese neue soziale Re-

gelung der Beamtenentnahmen nach den vorangegangenen Ge-

schäftsverhältnissen wirtschaftlich und sozial unerträglich seien.

„Gemein lebt gut! Was aber geben die Beamtenbus-

chungen, die den bürgerlichen und den sozialdemokratischen

Parteien angehören, gegen die diese Regierung hängenden Par-

teien zu tun? Darauf müssen ihnen die unteren Beamten die

richtige Antwort geben. Sie kann nur lauten: Einreichung in die

sozialistische Kampffront mit den Arbeitern und Angestellten

im Kampf um die Sicherung der Freiheit.“

Alle Erwerbslosenausschüsse

schicken ihre registrierten parteilosen Erwerbslosen in die am Dienstag, dem 24. Mai 1932, 14 Uhr, im großen Saal des Keglerhauses stattfindende

Erwerbslosenkundgebung.

„Wilhelm der Berblühte“

Wie immer so heute wie früher Gentige und Kaiser haben,

heute, auf ein Gelächter an den ehemaligen Wilhelm II. erhielt.

„heute“ (heute).

„heute“ (heute).